

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 37 (1990)
Heft: 11-12

Artikel: Staatenwelt im Umbruch : bleibt die Schweiz eine Insel?
Autor: Tobler, Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-368041>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Tali compiti devono essere assunti, in ogni circostanza, dai servizi all'uopo creati e formati. L'esercito e la protezione civile devono poter sostenerne faticivamente tali strutture, senza tuttavia in principio sostituirsi alle stesse.

Inoltre, dando prova

- di credibilità in materia di organizzazione, ad es. comunicando il piano d'attribuzione dei posti protetti alla popolazione, riducendo il numero di segnali d'allarme e aumentando la rapidità d'intervento di certi elementi degli organismi di protezione,
- di credibilità in materia di formazione, preparando, all'attenzione delle persone astrette a servire nella protezione civile corsi interessanti ed adeguati alla pratica,
- di credibilità in materia d'informazione, indicando quanto la protezione civile è in grado di fare e quanto invece non può fare,

occorre rafforzare e confermare la fiducia della popolazione negli intenti della protezione della popolazione.

Il Consiglio federale si sforza, da parte sua, nel migliore dei modi possibili, di aiutare cantoni, comuni e stabilimenti a svolgere la loro difficile missione. In tale contesto, il progetto di una scuola federale per istruttori dovrebbe creare una premessa favorevole per migliorare l'istruzione a livello nazionale.

Previsioni e ringraziamento

L'Europa è confrontata oggi con un sommovimento, ancora poco tempo fa impensabile. Sembra ormai possibile stabilire, a lungo termine, un sistema di sicurezza che ricopra tutta l'Europa. Indipendentemente da questa evoluzione, una protezione civile che meriti questo nome, resta una necessità in un Paese come il nostro. Ma è indispensabile procedere a una rivalutazione fondamentale della situazione, degli obiettivi e dei mezzi.

Nel frattempo si tratta di adottare, nel quadro delle linee direttive 95 della protezione civile, soluzioni che siano nel contempo semplici e attendibili. Tenuto conto delle strutture democratiche della Svizzera, un compito di tale portata non potrebbe essere svolto senza il sostegno attivo della popolazione, dei suoi rappresentanti, dei comuni, dei cantoni e della Confederazione.

In questo senso, rivolgo il sentito ringraziamento del Consiglio federale agli organizzatori, nonché ai partecipanti, per gli impulsi di cui è stata ricca la riunione odierna. □

Weltbürgerlichkeit und Föderalismus sind kein Widerspruch

Staatenwelt im Umbruch – bleibt die Schweiz eine Insel?

«Das Undenkbare hat in dieser Zeit eine hohe Wahrscheinlichkeit. Alle paar Wochen ein «historischer Tag», Geschichte im Zeitraffer sozusagen.» Mit diesen Worten rief Jürg Tobler, Chefredaktor «St.Galler Tagblatt», am Symposium des Schweizerischen Zivilschutzverbandes in Thun das sich innert etwas mehr als Jahresfrist geradezu überstürzende politische Geschehen in Osteuropa in Erinnerung, um alsdann nach der Betrachtung der weltweiten Perspektiven den «Sonderfall Schweiz» zu analysieren – kritisch, jedoch nicht ohne Hoffnung.

Bewusst wählte Jürg Tobler für seinen Überblick den Zeitraum eines Jahres, angefangen mit der Wahl Mazowieckis in Polen zum ersten nichtkommunistischen Regierungschef in Osteuropa bis hin zum Beschluss der DDR-Volkskammer, der Bundesrepublik beizutreten.

Michail Gorbatschows Perestroika, welche initierend die Erneuerungswelle in Osteuropa ausgelöst hatte, habe zwar noch tief hinein ins Fak-

Jürg Tobler, Chefredaktor «St.Galler Tagblatt»*

tische, in den Alltag gegriffen, stellte Jürg Tobler fest. Aber sie habe die Köpfe ergriffen, sei zeichenhaft bedeutsam gewesen.

Die vorerst einmal nur qualitativ veränderte Lage im Osten mit freien Wahlen und ungehindertem Meinungsausdruck biete gute Voraussetzungen. Aber eben – die Erwartungen der Völker im ehemaligen Ostblock erfüllten sich zunächst bloss im Immateriellen. Mit dem Freiheitsbegriff verbinde sich jedoch die Vorstellung des Zählbaren, der konkreten und käuflichen Lebenschancen. Die Menschen der Oststaaten wünschten sich Butter aufs Brot, und sie möchten reisen können. Das alles sei nicht in Form einer «Subito-Wende» zu realisieren, sondern koste noch einmal Jahre der Entbehrung. Ob dieser Prozess durchgestanden werde, das lasse sich heute von niemandem zweifelsfrei voraussagen.

Die neuen Machtgefüge

«Der Warschauer Pakt ist zerbröckelt, und in der Sowjetunion (k)rieselt es hörbar.» Mit solchen Sätzen fasste Jürg Tobler das derzeitige Geschehen in Osteuropa und der Sowjetunion zusammen. Dass ein Nachlassen des Systemdrucks sofort zentrifugale Kräfte entbinden würde, sei voraussehbar gewesen. Mit Vernunft betrachtet, könne der Westen jedoch kein Interesse daran haben, dass die Sowjetunion auseinanderbreche, obwohl außer Zweifel stehe, dass sie sich föderieren müsse. Mit

ihrer Zerstückelung wäre dem Frieden jedoch nicht gedient.

Einigermassen konsolidiert sei die neue Freiheit erst dann, wenn sich der Supermachtkonkurrenz von gestern nicht vollkommen zersplittere und sich ausgesetzt fühle. Jahrzehntelanges Sicherheitsdenken lege sich nicht von heute auf morgen ab, und Abrüstung sei eine Sache des Vertrauens – des Vertrauens in die eigene Stärke oder dann in eine Balance der Kräfte.

Während sich die beiden Deutschland quasi unter dem Nato-Schirm vereinten, sei das Gefühl von Gleichgewicht auf der sowjetischen Seite irritiert. Zwar könne man den deutsch-deutschen Zusammenschluss zu den guten Nachrichten rechnen. Die Architektur einer neuen Sicherheitspolitik mache diesen Zusammenschluss hingegen zu einer Aufgabe höchster diplomatischer Kunst. Und das europäische Projekt belaste er mehr, als dass er es begünstige. Zudem erlaubten Tiefe und Beständigkeit des demokratischen Bewusstseins der Deutschen noch einige Zweifel.

Der grosse Binnenmarkt

Vorerst werde sich der grosse europäische Binnenmarkt, dem schliesslich die politische Union folgen solle, als dynamisch erweisen und sich in Bereiche fortpflanzen, an die heute noch niemand denken könne oder wolle. Es werde dabei ein Regelungsbedarf erzeugt, der gemeinsame politische Institutionen herbeinötige.

Bei der Europa-Diskussion der Zukunft gehe es um weit mehr als um die Schaffung des grössten Marktes, der sich in freier Konkurrenz bewähren müsse, gab Jürg Tobler zu bedenken. Zu erwarten sei, dass sich die Politik dem ungünstigen Urteil des Marktes entgegenstellen werde und dass damit die Gefahr des Monopolkapitalismus eher noch erhöht statt gemindert werde. Massenproduktion, härtere Konkurrenz zu anderen grossen Märkten und «eine vom Weltmarkt abgeschottete Festung Europa, in der eine Handvoll Konzernherren zusammen mit

einigen Eurokästen die wirtschaftlichen Strukturen von morgen bestimmen».

Die Schweiz als Sonderfall

Ob auf dem sanften Weg oder abrupt – irgendwann komme die Schweiz nicht um den Entscheid herum, der EG entweder beizutreten oder fernzubleiben. Dazu Jürg Tobler: «Die als Sonderfall-Ministranten verlachten Beitritts-Gegner verstehen ich allerdings etwas besser als die Missionare des grossen Raumes, die uns unaufhörlich ins Gewissen reden, wir dürften den Anschluss nicht verpassen.» Die Befürworter eines EG-Beitritts wüssten ja nur zu sagen, dass der Zug bereits abgefertigt sei und dass wir jetzt aufspringen müssten. Um Auskunft darüber gebeten, wohin denn der Zug fahren werde, gerieten sie in tiefe, wenn auch geschwätzige Verlegenheit. Er fahre nun halt in «die neue Zeit», eine unbestimmte, für Euro-Enthusiasten gerade deswegen so faszinierende...

Gewiss leben wir heute in einer aufbruchwilligen Epoche, räumte Jürg Tobler ein. Es treffe auch zu, dass in wohlhabenden Ländern das nationale (wie überhaupt das politische) Bewusstsein nur noch ein Schatten dessen sei, was es in Zeiten der Bedräbnis war. Doch der Mensch wolle sich an etwas halten können. Auch die kollektiven Gefühle verflüchtigten sich nicht ersatzlos. Und schliesslich verspüre der Mensch das Bedürfnis, in der sozialen Wirklichkeit irgendwie vorzukommen, in ihr eine Rolle zu spielen. Das spreche eigentlich für den kleinen Raum des Föderalismus.

Patriotismus in Gelassenheit sei ein Gefühl verpflichtender Zusammengehörigkeit. Fanatischer Patriotismus sei ein Ausweg aus Einsamkeit und Ohnmacht: Ausweg in den Wahn, an einer imaginären Grösse teilzuhaben.

Mit Hinsicht auf den Kleinstaat Schweiz dürfe auch heute von einer qualitativen Grösse gesprochen werden. Ohne falschen Stolz und Dünkel lasse sich feststellen, dass die Schweiz



**Jürg Tobler, Chefredaktor
«St.Galler Tagblatt»:**
«Solange es Herrscher gibt, die ihre Macht nicht als eine geliehene erkennen und verantworten wollen, ... solange es Machtsgüte gibt, in deren Sprache ‹Macht› und ‹Gewalt› identisch sind... – solange bleibt der Friede, dem wir uns jeweils am 1. August so nahe preisen, eine Machtfrage.»

ein Sonderfall sei. Denn, so Jürg Tobler: «Wo ist der Staat, der auf so engem Raum so viele Kulturen umschliesst? Wo ist das Land, das seine einst so rauflustigen Gemüter derart besänftigt und vollkommen auf Verteidigung eingeschworen hat; wo das Volk, das aus erlernter Friedfertigkeit soviel Kapital geschlagen, auf kargem Boden soviel Wohlstand erarbeitet hat? Weder die Konfliktlösungen noch die Gelder und Güter sind diesem Volk tapferlos zugefallen. Es hat sich schon röhren müssen.»

Dessen ungeachtet werde die Schweiz lernen müssen, ihre internationale Verflochtenheit wahrzunehmen, ihre Abhängigkeit wahrzuhaben. Und sollte der Souverän am Ende Hoheitsrechte nach Brüssel delegieren wollen, so sollte er zum Ausgleich Freiheiten wiedererwecken, die er in Jahrzehnten des Stillhaltens (im politischen Konsens) der kollektiven Freiheit unterworfen habe: die kleinen individuellen Freiheiten der Lebensgestaltung und des Ausdrucks. Denn – «soll die politische Nation (in einem Grossen Europa) nicht zur Fiktion verkommen, können die

Mitwirkungsrechte unseres Volkes nicht ohne Kompensation beschnitten werden.»

Im Hause muss beginnen...

Gelinge es nicht, das Schweizer Haus zu renovieren, damit darin wieder mehr gemeinschaftliches Leben sein könne, wie Begegnung, Bewegung, Ausgleich, dann sei die Schweiz reif für die europäische Wohngemeinschaft der Titanen und Zwergen, führte Jürg Tobler weiter aus.

Vorerst sei indessen noch von einem Europa der Regionen die Rede. Warum sollten es unbedingt Staaten, warum sollten die bisherigen Grenzen keine Provisorien sein? fragte Tobler. Um auch gleich die Antwort mitzuliefern: «Mir fehlt der Glaube an die Brückenbaukunst solcher Spannweiten.»

Es müsse indessen begriffen werden, dass die europäischen Anstrengungen weltumspannender Koordination bedürften. Es bedürfe einer weltbürgerlichen Gesinnung und einer globalen politischen Autorität. Dies vor allem in Anbetracht der drängendsten Proble-

TELED

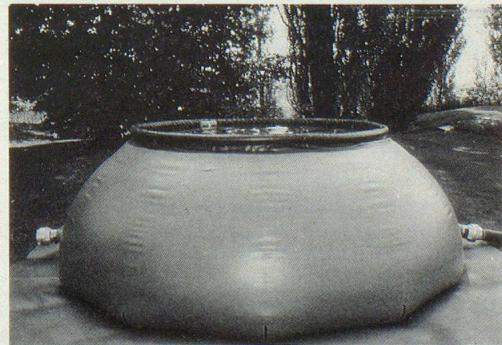
auch für den Zivilschutz

offene, flexible Auffangbehälter

Sie sind selbsttragend (brauchen kein Metallgestell), passen sich dem verfügbaren Raum an und können von einer einzigen Person bereitgestellt werden.

TELED S.A. – 2003 NEUCHÂTEL – ☎ (038) 31 33 88 – FAX (038) 31 50 10

TELED



me dieser Welt, wie des nahezu ungebremsten Bevölkerungswachstums. Dass mit der Bevölkerung auch die Waffenpotentiale in manchen Ländern in beängstigendem Masse anwachsen – auch das tippte Jürg Tobler an. Mindestens zwölf der sogenannten Entwicklungsländer verfügten über chemische Kampfstoffe und Raketen, mindestens acht bemühten sich um atomare Rüstung. Neue Machtpotentiale – Bevöl-

kerungsexplosion – die wahren Größenordnungen unserer Probleme. Unter diesen Aspekten gibt es für Jürg Tobler nur ein von Verantwortung und Solidarität getragenes Weltbild. «Du, ich, ein vertrautes Wir – und die Welt; der überschaubare Raum – und die Sorge um die Gattung, eine planetarische Solidarität sozusagen: In diesen Bezügen sollten wir uns sehen wollen. Es ist überlebenswichtig, globales Den-

ken zu lernen. Es ist nicht weniger bedeutsam, solches Denken im kleinen Kreis fruchtbar zu machen. Global denken, lokal handeln. Weltbürgerlichkeit und Föderalismus sind kein Widerspruch.» □

Résumé

Etre fédéraliste et citoyen du Monde; ce n'est pas incompatible!

«Le monde des Etats rompt avec le passé. La Suisse doit-elle rester isolée?» Jürg Tobler, rédacteur en chef du «St-Galler Tagblatt» a posé cette question fondamentale lors du Symposium de l'Union suisse pour la protection civile, à Thoune. Sans donner une réponse définitive à cette question, l'orateur a apporté quantité d'idées et de suggestions tout au long de son exposé.

Ainsi que l'a souligné Jürg Tobler, au cours des derniers mois, l'Histoire a connu une accélération, l'inimaginable est devenu hautement vraisemblable, surtout en raison des événements survenus dans les pays de l'Est.

Dans tous les cas, rien n'est encore définitivement décidé. La «nouvelle

liberté» recouvrée dans les pays de l'Est ne pourra se consolider tant soit peu que si la superpuissance d'hier ne se sent pas complètement morcelée ni exposée à tous les dangers.

Abstraction faite de l'évolution à l'Est, le grand marché intérieur européen, auquel doit succéder en fin de compte l'union politique, se présente comme la dynamique dominante et va s'imposer dans des domaines auxquels personne n'aurait pu ou voulu penser jusqu'ici. Il en résultera un besoin de réglementation qui nécessitera des institutions politiques communales.

Que ce soit en douceur ou abruptement, la Suisse ne pourra pas éviter un jour ou l'autre, ou d'entrer dans la CEE ou de laisser passer cette occasion. Les partisans de l'Europe n'ont réclamé rien d'autre que «la Suisse saute dans le train prêt au départ».

Quant à savoir où va ce train, dans ces temps nouveaux, ils n'ont pas su le dire.

A n'en pas douter, la Suisse devra apprendre à assurer ses relations internationales multiples, tout en maintenant son autonomie. Dans tous les cas, si le souverain entendait déléguer des droits de décisions à Bruxelles, il devrait, en compensation, ressusciter les libertés qu'il avait subordonnées à la liberté collective durant les décennies du consensus politique ronronnant.

En principe la doctrine qui prévaut peut être formulée de la façon suivante: autant d'Europe que nécessaire, pour éviter un retour au nationalisme de puissance et de violence, mais parallèlement, autant de nationalisme que possible pour que l'être humain puisse faire valoir son identité et sa capacité d'agir. □

Riassunto

Cosmopolitismo e federalismo non si contraddicono

«Molti Stati del mondo sono in fase di mutamento; la Svizzera può restare isolata da questa tendenza?» E' questa la domanda che si è posto Jürg Tobler, direttore del «St.Galler Tagblatt», al simposio dell'Unione svizzera per la protezione civile di Thun. Pur non dando una risposta esaustiva a questo interrogativo, egli ha fornito con le sue riflessioni una serie di utili spunti.

Tobler ha constatato che negli ultimi mesi gli eventi storici si sono succeduti in sequenza rapidissima; ciò che era impensabile è realmente accaduto, soprattutto nei paesi dell'Est europeo, pur senza carattere definitivo. Infatti

la nuova libertà all'est sarà garantita solo se il blocco delle superpotenze di ieri non si sgretolerà e non si sentirà troppo esposto.

A prescindere dall'evoluzione nei paesi dell'est, sorgerà il grande mercato comune europeo, cui dovrebbe succedere l'unione politica europea, un mercato molto dinamico che si estenderà a settori ai quali oggi nessuno vuole o può ancora pensare. Da ciò deriverebbe una necessità di regolamentazioni e di istituzioni politiche comuni. In ogni caso, o gradualmente o bruscamente, a un certo punto la Svizzera non potrà sottrarsi alla scelta se entrare a far parte della CEE oppure no. I fautori della prima soluzione chiedono che il nostro paese «salga su un treno ormai già in par-

tenza», ma non sanno ben definire la destinazione di questo treno. Indubbiamente la Svizzera dovrà prendere consapevolezza della sua dipendenza dalla situazione internazionale. Se il popolo svizzero dovesse decidere di delegare alcuni dei suoi diritti alla comunità con sede a Bruxelles, esso dovrebbe però compensare questa adesione ripristinando all'interno quelle libertà che nei decenni passati di stabilità ha invece subordinato alla libertà collettiva. Fondamentalmente vale il principio: l'Europa è necessaria per impedire una ricaduta nelle deleterie tendenze nazionalistiche e il principio di nazionalità è altrettanto necessario perché si possa mantenere la propria identità e capacità di azione. □